

Laibacher Zeitung.

Nr. 34.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganz
fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus
halbj. 50 fl. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Montag, 11. Februar

Insertionsgebühr bis 10 Seiten: 1 mal 60 fl.,
2 mal 80 fl., 3 mal 1 fl.; sonst pr. Zeile im. 6 fl., 2 mal 8 fl.,
3 mal 10 fl. u. s. w. Insertionsstempel jedem, 30 fl.

1867.

Amtlicher Theil.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 5. Februar d. J. den disponiblen Oberlandesgerichtsrath Karl Marouschek aus Anlaß seiner Versezung in den zeitlichen Ruhestand die Allerhöchste Zufriedenheit mit seiner vieljährigen treuen und ersprießlichen Dienstleistung allernädigst bekanntgeben zu lassen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 26. Jänner d. J. den Domscholasticus Johann Steger zum Domdechant des Domcapitels zu Brixen allernädigst zu ernennen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 31. Jänner d. J. den Ehrendechant, bischöflichen Bezirksvicar und Schuldistrictsaufseher in Horie Joseph Ledet zum Ehrenkanonicus an der Kathedralkirche in Königgrätz allernädigst zu ernennen geruht.

Das Justizministerium hat eine bei dem böhmischen Oberlandesgerichte erledigte Rathsssekretärstelle dem dortigen Rathsssekretär-Adjuncten Johann Wenzel verliehen.

Am 6. Februar 1867 wurde in der f. f. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das XI. Stück des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter Nr. 23 die kaiserliche Verordnung vom 4. Februar 1867, womit für die Sprengel der nachbenannten Bezirkshäfen Tirols die zwei Gesetze vom 27. October 1862, Nr. 87 und 88 des Reichsgesetzblattes, zeitweilig außer Wirkung gesetzt werden.

(W. Btg. Nr. 31 v. 6. Februar.)

Am 8. Februar 1867 wurde in der f. f. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das XII. Stück des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter Nr. 24 die Circularverordnung des Kriegsministeriums vom 26. Jänner 1867 über die Durchführung des in Wüchsen erschienenen Gesetzes vom 14. December 1866 und dessen Einführung in der Militärgrenze;

Nr. 25 die Verordnung des Justizministeriums vom 5. Februar 1867 über die Aufstellung von reinen Bezirksgerichten im Herzogthume Salzburg;

Nr. 26 das kaiserliche Patent vom 7. Februar 1867 für Böhmen, Dalmatien, Galizien, Lodomerien mit Krakau, Österreich unter und ob der Ets, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain, Bucowina, Mähren, Schlesien, Tirol, Vorarlberg, Pfalz, Görz und Gradisca, und Triest mit seinem Gebiete.

(W. Btg. Nr. 33 v. 8. Februar.)

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 11. Februar.

Der Reichsrath der eisleithanischen Länder soll, wie gemeldet wurde, im Monate März zusammenentreten, um die Verfassungsfrage nun definitiv ihrer Lösung zuzuführen, und schon begegnet man Stimmen, welche die Competenz dieses Reichsrathes zur Revision der Verfassung in Frage zu stellen suchen. Gegen diese wendet sich das „N. Frdlt.“ in einem „der legale Reichsrath“ überschriebenen Artikel, dem wir die vorzüglichsten Stellen hier entnehmen:

„Die volle Gleichartigkeit des Reichsrathes von 1861 mit demjenigen, der im März dieses Jahres zusammenentreten wird, — sagt das citirte Blatt — läßt es nicht recht begreiflich erscheinen, wie es noch Stimmen geben kann, welche diesen Reichsrath als incompetent zur Revision der Verfassung bezeichnen und die deutschen Abgeordneten auffordern, diesfalls Beschlüsse zu fassen. Wenn die Vertretung der eisleithanischen Länder im Jahre 1861 — und eine andere Vertretung war doch damals nicht einberufen — sich für berechtigt hielt, die Februar-Verfassung anzunehmen, warum sollte sie nicht auch berechtigt sein, eine Abänderung dieses Grundgesetzes vorzunehmen? Damals hätte sie eher Bedenken tragen können, die Verfassung als endgültig anzunehmen, denn es ließ sich noch nicht bestimmen, welche Aenderungen mit dem etwaigen Eintritte der Vertreter der Länder jenseits der Leitha vorzunehmen waren. Der damaligen Annahme der Februar-Verfassung lag also der Contumacirungsgedanke zu Grunde, oder die Meinung, daß der Reichsrath die Verfassung nur für die vertretenen Länder annehme.“

Zum Contumacirungsprincip werden sich heute wohl nur wenige steifsteinene Centralisten bekennen, und zwar nicht blos aus Gründen politischer Klugheit, sondern weil im Verlaufe des Kampfes für das eigene Verfass-

jungsrecht die Achtung vor dem Verfassungsrecht Ungarns große Fortschritte gemacht hat. Es ist so ziemlich aller Welt klar geworden, daß nur die Missachtung gegen das Verfassungsrecht Ungarns, welche diesseits der Leitha stark genug hervorgetreten war, die Regierung veranlassen konnte, sich einige Zeit auch über das diesseitige Verfassungsrecht hinwegzusetzen. Erst seitdem die deutschen Länder Ungarns Recht zu respectiren begannen und einzigt auf die Herstellung des eigenen Verfassungsrechtes pochten, wurde anstatt der Sistirung beider Rechte der Restituirung beider Folge gegeben.

Der stillschweigende Grundgedanke von 1861, daß der Reichsrath die Februar-Verfassung nur für die vertretenen Länder annahm, tritt daher jetzt ganz offen hervor, theils weil allenthalben das ungarische Verfassungs- und Selbstbestimmungsrecht anerkannt wird, theils weil nach den Erlebnissen der sechsjährigen constitutionellen Periode die damals noch mögliche Hoffnung vereitelt ist, daß es gelingen könnte, auf die eine oder andere Art die Länder jenseits der Leitha zur Annahme der Verfassung und zum Eintritt in den Reichsrath zu vermögen.

Die Sistirungspolitik, welche von diesem Grundgedanken des Reichsrathes von 1861 bei der Annahme der Verfassung absah, konnte daher von einer Fiction sprechen, und zwar sowohl vom rechtlichen als vom praktischen Standpunkte. Vom rechtlichen Standpunkte bezeichnete sie die Februar-Verfassung als eine Fiction, weil sie in ein anderes, älteres Recht eingriff, und vom praktischen Standpunkte, weil die Contumacirung einer Reichshälfte nicht ausführbar war. Diejenigen, welche gegen den engeren Reichsrath bezüglich der Verfassungsrevision die Legalität anrufen und auf der Berufung des Gesamtreiches bestehen, sehen also gar nicht, wie sehr sie ihrer Berechtigung ins Fleisch schneiden. Wir glauben vielmehr, daß gerade der engere Reichsrath, der Reichsrath von 1861, derselbe, der die Verfassung angenommen hat, eigentlich berechtigt ist zur Revision, denn es ist sein Werk, das er ändert, und er ändert es auf Grund seines Rechtes und seiner Interessen, sowie der ungarische Reichstag seine Verfassung auf gleichen Grundlagen abändert. Diesen Standpunkt zu wahren, ist sogar für die Sicherung unserer Rechte geboten; denn hier kann uns weder eine Fiction, noch eine Rücksicht auf andere Rechte entgegenge setzt werden. Auf diesem Standpunkte sind wir so stark, wie der ungarische Landtag bei allen Phasen und Ereignissen, die etwa noch bis zur Vollendung des Ausgleichswerkes und in späterer Zeit eintreten könnten.

Der Wortlaut der Februar-Verfassung steht dieser Auffassung nicht entgegen. Im Paragraph 10, welcher den Wirkungskreis des gesamten Reichsrathes specificirt, ist die Revision der Verfassung nicht angeführt. Die Bestimmung über die Art, wie eine Verfassungsänderung vorgenommen werden kann, ist im § 14 verzeichnet, und die betreffende Bestimmung spricht weder vom weiteren noch vom engeren Reichsrath. Es läßt sich sogar annehmen, daß der Gesetzgeber bei den eigentümlichen Verhältnissen Österreichs an die Möglichkeit einer Verfassungsänderung durch den engeren Reichsrath gedacht hat, denn während in der ersten Alinea des § 14 von der Gültigkeit der Beschlüsse des gesamten und des engeren Reichsrathes gesprochen wird, ist in der zweiten, auf die Verfassungsrevision sich beziehenden Alinea die Nennung des Vertretungskörpers vermieden worden. Eine zufällige Vergeßlichkeit läßt sich aber bei einer so schwer wiegenden Bestimmung, die zu den größten Bewegungen und Conflicten Anlaß geben kann, gewiß nicht unterstellen.

Man ist daher nicht berechtigt, zu behaupten, daß diejenigen, die mit dem engeren Reichsrath zufrieden sind, denselben Acte vollziehen lassen, die ihm verfassungsmäßig nicht zustehen; wir sind vielmehr der Ansicht, daß der engere Reichsrath vollkommen legal und nach unseren Voransetzungen einzigt legal ist.

Österreich.

Wien. Bezuglich der Zustände in Südtirol hört die „Presse“: Das italienische Cabinet selbst sei es gewesen, welches in freundlicher Weise unsere Regierung vor drohenden Ausbrüchen in Südtirol gewarnt hat, und bemerkt dann weiter: „Das Cabinet Victor Emanuels sucht überhaupt jeden der bisher so zahlreichen Herde der revolutionären Bewegung auszulöschen, damit dem neuen Staate endlich die so ersehnte Segnung einer längeren Ruhe zu Theil werde.“

— Betreffs eines mit der Schweiz abzuschließen den Handelsvertrages heißt es, daß Österreich und die Schweiz gegenseitig nichts beanspruchen und gewähren, als die Stellung der meist begünstigten Nation. Die Regelung der eigentlichen Zollfrage ist nur noch eine Formalität. Schwieriger sind die Bestimmungen über die sonstigen Erleichterungen des Verkehrs, namentlich über den Straßenbau zwischen Tirol und Graubünden und die Regulirung des Rheinstromes oberhalb des Bodensee's. Hoffentlich wird die längst begehrte Straßenverbindung zwischen Graubünden und dem Etschthale hergestellt werden, zumal die Schweiz mit ihrer gewöhnlichen Liberalität auf diesem Gebiete die Hauptkosten tragen will und Österreich zunächst nur eine kaum zwei Stunden lange Straße auf ziemlich ebener Thalsohle herzustellen hat. Um noch größere Interessen als bei der Straße vom Engadin ins Münsterthal handelt es sich bei der Correction des Rheins. Diese für die Schweiz wie Vorarlberg gleich wichtige Frage wird gewiß, wie die Gürtelbahnfrage, in kürzester Zeit gelöst werden. — Über den Eintritt Österreichs in den Münzverein ist noch kein definitiver Entschluß gefaßt, gewiß ist, daß die Fragen der Münzreform und der Goldwährung in den Ministerien des Handels und der Finanzen bearbeitet werden.

Pest, 6. Februar. (M. Dr. Pr.) Die Schlusssitzung der Siebenundsechzigziger-Commission, der Zahl nach die achte, ward heute Mittags unter dem Vorsitz des Grafen Julius Andrássy abgehalten. Zu Beginn der Sitzung gelangte ein Brief zur Verleseung, welcher ein eigentümliches Zeichen jenes Widerstrebens ist, mit dem sich die Opposition der Majorität fügt. Es ist dies ein Schreiben des Abgeordneten Gabriel Baradhy, worin derselbe erklärt, daß er, durch Krankheit aus Bett gefesselt, den Sitzungen der Commission nicht anwohnen könnte, daß er aber sowohl mit seinen Ansichten als auch mit seiner Stimme sich der Minorität anschließe. Es entstand eine Discussion darüber, ob und in welcher Weise diese Kundgebung zur Kenntniß zu nehmen sei. Auf Deak's Vorschlag wurde dahin entschieden, das Schreiben sei als Meinungsausserung zur Kenntniß zu nehmen, doch werde dasselbe als Votum nicht in Betracht gezogen. Soviel hat Baradhy erreicht, daß sein „Protest“ im stenographischen Protokoll der Commission erscheinen wird. Es ist übrigens mehr als wahrscheinlich, daß, wenn Baradhy gesund gewesen, die heutige Sitzung kaum die Schlusssitzung gewesen wäre. Esengery verlas nun den Entwurf, welcher mit Beseitigung eines Vorschlags auf Änderungen in der Alinea-Theilung unverändert authentisirt wurde. Derselbe wird nunmehr in Druck gelegt und, wie Deak vorschlägt, durch Esengery dem Hause vorgelegt werden. Außerdem erklärt Deak, das Hause habe die Commission nicht nur mit der Ausarbeitung des vorliegenden Entwurfs, sondern auch mit der Entwurf einer Adresse an Se. Majestät betraut, worin die Gründe anzuführen wären, weshalb der Reichstag weder das October-Diplom noch das Februar-Patent annehmen könne. Er glaube, daß dies heute nicht mehr nöthig sei. (Zustimmung.) Zum Schlusse drückt Graf Andrássy den Commissions-Mitgliedern seinen Dank für die ihm als Präsidenten gewährte Unterstützung aus, und die Sitzung wird nach einstündigem Dauer geschlossen. Morgen halten die Mitglieder der Commissions-Minorität eine Conferenz, in welcher die Redaction eines Minoritäts-Entwurfs berathen wird.

Der „Lloyd“ schreibt: „Seit einigen Tagen gehen bereits fertige Ministerlisten von Mund zu Mund. Gegen eine solche verfrühte Vertheilung der Portefeuilles haben wir jedoch so viel einzuwenden, daß erst die offizielle Ernennung des Minister-Präsidenten erfolgen muß, ehe zur Besetzung der einzelnen Ministerposten geschritten werden kann. Wenn Deak von Wien zurückgekehrt sein wird, werden sich, wie wir hören, Graf Andrássy, Baron Eötvös und Lónyay dahin begeben, und bei diesem Anlaß dürfte dann die offizielle Ernennung des ungarischen Ministeriums erfolgen. Die von der Partei ver einbarte Liste besitzt noch einige Lücken, welche hoffentlich bis dahin ausgefüllt sein werden. Vorläufig werden genannt: Graf Julius Andrássy als Präsident des Ministerrathes und Kriegsminister, Baron Béla Wenckheim Minister des Innern mit den drei Sections-Chefs Gedeon Tanáry (für Ungarn), Karl Zeyh (für Siebenbürgen) und dem gegenwärtigen Biharer Obergespan Joseph Szlavay (für die Polizei), Melchior Lónyay Finanzminister, Eötvös Cultus, Paul Somlyó Handelsminister und Graf Emerich Mikó Minister der Communicationen mit Ernest Hollan als Staatssekretär.“

— 7. Februar. „Hon“ schreibt: Die von dem ungarischen Agriculturnvereine für die Pariser Ausstellung gewählten Landescommissäre wurden von Seiner Majestät dem Kaiser allerhöchst bestätigt. Diese Commissäre sind: Paul Tereh, Ludwig Rosa und Emerich Henßmann.

Agram, 8. Februar. Se. Eminenz Cardinal von Haulik hat, nach dem „A. L.“, das an der Pariser Ausstellung prämierte Kunsiproduct Fernkorns, die Statue des heil. Georg, erhandelt und wird dieselbe am Eingange seines Parkes Jurjaves (Maximir) aufstellen lassen.

— Se. Eminenz hat ferner dem Kloster in Livon in der Herzegovina 100 fl., dem St. Cyril und Methodius-Vereine zur Unterstützung der Lehrjugend in Karlstadt 200 fl. gespendet. — Nach dem von den „Mar. Novine“ gebrachten Intimat des h. k. Statthaltereiraths an die Comitats- und Stadtmunicipien hat derselbe v. J. an die Hofkanzlei um Einführung des stabilen Catasters in Croation und Slavonien auch vor der Reorganisation des bestehenden Steuersystems repräsentirt, indem der Stabilcataster einzig geeignet ist, ein gerechtes Substrat zur Besteuerung zu bieten. Das Finanzministerium hat nun auf Verwendung der k. Hofkanzlei entschieden, die Catastral-Detailvermessungen neben den Tarifen des Grundsteuerprovisoriums zur Steuerbasis zu nehmen und diesfällige Reclamationen zu bewilligen. Dabei werden alle nach der Einführung des Provisoriums entstandenen Veränderungen in der Agriculturnweise berücksichtigt und alle bis nun bestandenen Differenzen durch Vermessungen ausgeglichen, um vollkommene Evidenz zu erlangen.

Bei diesem Geschäft werden die Gemeinden nur in der Amendingung des Besitzstandes und Identifizierung der Parcellen mitzuwirken haben. Unterdessen werden die individuellen Steuerentwürfe im Wege der localen Revision auf Beschwerden wegen Überbürdung amendirt. Endlich kann den in momentaner Noth befindlichen Contribuenten ausnahmsweise Erleichterung, ja auch Nachlassung des Steuerrückstandes bewilligt werden. Dabei kann der heutige Frühjahrskreis als den Steuernachlaß bedingendes Elementarereigniß ausnahmsweise angesehen werden.

Ausland.

Berlin. Der „N. Allg. Btg.“ zufolge haben die Regierungen von Mecklenburg-Schwerin und Sachsen-Meiningen angezeigt, daß sie sich der Publication des Eröffnungstermines für das norddeutsche Parlament angegeschlossen haben. — Die „Kreuz-Btg.“ schreibt: „Aus Preußen und andern deutschen Staaten sind in der letzten Zeit häufig Personen in der Voraussetzung nach den Donau-Fürstenthümern gegangen, daß sie, in Folge der Wahl eines deutschen Prinzen zum Fürsten von Rumänien, dort Gelegenheit finden würden, im Staats- oder Hofdienst angestellt zu werden. Sie sind meistens ohne alle Kenntniß der Landessprache, welche doch unbedingte Voraussetzung ist, um eine Verwendung als Beamter finden zu können. Diese Leute würden also auch in dem Falle keine Anstellung erhalten können, daß Vacanzen vorhanden wären. Dies ist aber, sicherer Mittheilungen zufolge, durchaus nicht der Fall, und namentlich sind die vorhandenen Höfämter längst besetzt. Es wird deshalb vor ferneren Auswanderungen dieser Art gewarnt.“

— 7. Februar. Der König empfing heute den Grafen von Flandern und machte ihm sodann einen Gegenbesuch. Nachmittags fand ein Ehrendiner im königlichen Palais statt. — Der König ertheilte dem italienischen Gesandten Barral im Beisein des Grafen Bismarck die Abschiedsanduz. — Das Abgeordnetenhaus hat nach dem Commissionsantrage das Genossenschaftsgesetz in der vom Herrenhaus beschlossenen Fassung angenommen. Abgeordneter Schulze (Berlin) befürwortet die baldige Einführung des Gesetzes in den neuen Provinzen.

— 8. Februar. Gestern Abends von 6 bis 9 Uhr hat eine Conferenz der Bevollmächtigten des Norddeutschen Bundes stattgefunden, worauf dieselben sich zu einer Soirée begaben, welche der Kronprinz zu Ehren des Grafen von Flandern veranstaltete. Heute 11 Uhr Vormittags fand die Schlusverhandlung statt. Herr v. Savigny gibt ein Abschiedsdiner, an welchem sämtliche Minister teilnehmen. Schon heute Abends wollen mehrere Bevollmächtigte Berlin verlassen. — In beiden Landtagshäusern wurde die königliche Botschaft verlesen, welche die Landtagsmitglieder zu dem morgen 1 Uhr durch den König erfolgenden Schlus der Session einladen. Der Präsident des Abgeordnetenhauses sagte in der Schlusrede: Ueber die Arbeiten in dieser Session wird das Volk und die Geschichte richten. Die Uebereinstimmung der drei Factoren der Gesetzgebung in allen Hauptfragen bürgt für den festen Willen des preußischen Volkes, einig mit der Krone und der Verfassung in die neue Lage mutig einzutreten, welche der Krieg des Jahres 1866 dem preußischen Staate geschaffen hat.

Ueber die bedenkiösen Rüstungsgerüchte, die jetzt wieder von Berlin aus in Umlauf gesetzt werden, wird den „Köln. Btg.“ von dort geschrieben: Die an verschiedenen Stellen der „Köln. Btg.“ wiederholt auftauchende Nachricht über angeblich russisch-österreichische Rüstungen ist der Ausdruck eines Wunsches, welcher in

den Oesterreich feindlichen Regionen allerdings besteht. Man hält dort einen russisch-österreichischen und in dessen Folge einen europäischen Krieg für nützlich zur „Consolidierung“ Deutschlands und zum völligen Ruin Oesterreichs. Die Aussprengung von Gerüchten über Kriegsrüstungen und Gegenrüstungen ist nur ein (nicht mehr neues) Mittel zu solchen Zwecken. Plan und Methode lassen sich leicht erkennen. Man singt damit an, von österreichischen Rüstungen und Truppenmärschen zu fabeln, und fährt jetzt mit russischen fort. Die „Priorität“ wird wiederum Oesterreich zugeschrieben. Schon vor sechs Wochen wurden dergleichen Nachrichten von „Reisenden“ mit unverkennbarer Absichtlichkeit und Planmäßigkeit mündlich colportirt. Mit eigenen Augen wachten sie die „enormen Truppenmassen“ gesehen haben, die in Galizien angehäuft seien. Dergleichen Manöver haben früher zuweilen gewirkt; sie dienten bald als Heymittel, bald zur Aufregung, bald zur Täuschung des Publicums. Es ist nicht wahrscheinlich, daß sie diesmal eine dieser Wirkungen haben werden. Publicum und Diplomaten erkennen die Absicht und werden anders gestimmt, als die Erfinder und Verbreiter der Gerüchte wünschen.

München, 7. Februar. Die heutige „Baierische Btg.“ meldet amtlich die Aufhebung aller und jeder Erhebung von Abgaben für die Rhein-Schiffahrt baierischerseits vom 1. Jänner 1867 ab, gemäß des Friedensvertrages vom 22. August 1866, nachdem von den übrigen deutschen Rheinserstaaten gleichzeitig gleiche Maßregeln getroffen wurden.

— 8. Februar. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer erklärte der Kriegsminister bei der Debatte über das Kriegslasten-Ausgleichsgesetz: Es erübrigen vom Militärcredit, der 31 Millionen betrug, trotz der kurzen Dauer des Krieges kaum über 5 Millionen Gulden.

Florenz, 7. Februar. Der König empfing heute den Freiherrn von Kübeck in besonderer Audienz, welcher seine Beglaubigungsschreiben als anserordentlicher Gejandter und bevollmächtigter Minister Oesterreichs überreichte. — Der Justiz- und der Finanzminister wurden eingeladen, der morgen stattfindenden Sitzung der Commission für den Gesetzentwurf bezüglich der Freiheit der Kirche beizuhören.

Genua, 6. Februar. „Corr. merc.“ registriert das Zurückbleiben des Verkehrs im Hafen von Genua im Vergleiche zu jenem von Triest und sagt, daß sich auch auf diesem Gebiete jener Mangel an Thätigkeit geltend mache, der in Italien so vieles verderbe.

Aus Rom berichtet der „Moniteur“ von unsicheren und energischen Maßregeln, welche die päpstliche Regierung seit dem Abzuge der französischen Expeditions-truppen ergriffen hat, um die Ruhe und Ordnung im Innern zu erhalten. So hat der Waffenminister die Reservehelfsmannschaften wieder hergestellt, die schon vor 1848 bestanden hatten. Es sind dies sämtlich Freiwillige, die in den einzelnen Provinzen je ein Bataillon von sechs Compagnien bilden sollen. Bereits besteht in dem District Frosinone ein Bataillon von 500 Mann. Außerdem sind Streiswachen, sogenannte Squadrille, aus Gemeindewächtern, Förstern und geeigneten Privatleuten gebildet worden, um namentlich die Grenzen abzugehen und auf alle Bewegungen der Räuber ein scharfes Auge zu haben. Man hofft, daß diese Maßregeln einen guten Eindruck hervorbringen und zur Ausrottung des Räuberwesens viel beitragen werden. Nach den letzten Nachrichten war die wichtigste der noch das Feld haltenden Banden, die des Cipriani, in den Santa Francesca-Bergen bei Frosinone eingeschlossen.

Paris, 8. Februar. Aus bester Quelle wird versichert, daß der Zeitungsstempel für alle Blätter ohne Ausnahme auf drei Centimes festgesetzt wird. Für gewisse Preszvergehen wird die Jury, für die meisten Preszvergehen das Zuchtpolizeigericht competent erklärt.

— 8. Februar. Der „Moniteur“ veröffentlicht ein kaiserliches Decret, welches die Beziehungen des Senates und gesetzgebenden Körpers zu dem Kaiser und dem Staatsrath regelt und die organischen Verhältnisse ihrer Arbeiten feststellt. Dieses Reglement enthält Änderungen des früheren Reglements, welche in Folge des kaiserlichen Decretes vom 19. Jänner notwendig geworden sind, und stellt, wie schon früher gemeldet, die Tribüne wieder her.

— Während „Avenir National“ mittheilt, daß der Herzog und die Herzogin von Montpensier sich anschicken, mit ihren Kindern Spanien zu verlassen, da ihnen Narvaez die Weisung zukommen ließ, daß sie vor dem 12. Februar die Grenze überschritten haben müssen, meldet die „France“, daß die Differenz, welche zwischen dem Herzog von Montpensier und dem spanischen Hofe sich gebildet hatte, geschlichtet worden ist. Die Bemerkungen, welche der Herzog der Königin gemacht hatte, waren ganz persönlicher Art und trugen keineswegs das Gepräge einer Feindseligkeit gegen die Regierung.

St. Petersburg, 8. Februar. Die heutige „Senats-Zeitung“ schreibt: Vom 1. Jänner an ist in der Armee eine Gehaltserhöhung eingetreten. Die Regimentscommandeure erhalten 720 bis 1200 Rubel, die Bataillonschefs 360 Rubel und die übrigen Offiziere von 138 bis 320 Rubel.

Nachrichten aus New-York, 26. v. M., melden: Die Justizcommission wird vor Ende der Session keinen

Bericht über die gegen den Präsidenten Johnson zu erhebende Klage einreichen. Man sagt, daß Surratt über die Mitschuld des Präsidenten Johnson an der Ermordung von Abraham Lincoln verhört werden soll. Die Gesetzgebung von Indiana hat das Amendement zur Constitution ratifiziert. Die Gesetzgebung von Tennessee hat den Negern das Stimmrecht bewilligt. Der oberste Gerichtshof dieses Staates soll untersuchen, ob diese Maßregel verfassungsmäßig ist. — Die kanadische Regierung hat beschlossen, die Entschädigungsforderungen für den von den feindlichen Expedition angerichteten Schaden zu befriedigen und alsdann in Washington Rückvergütung zu verlangen. — Der „Opinione Nationale“ wird über die Absichten Johnson's berichtet, daß derselbe entschlossen wäre, die in den Südstaaten gewählten Senatoren und Mitglieder des Congresses nach Washington einzuberufen. Er würde dann eine Proclamation veröffentlichen, in welcher er erklärte, daß kein Act des Congresses Gültigkeit haben könne, so lange ein Drittheil der Staaten von demselben ausgeschlossen bliebe, und daß er alle seine Entschließungen für nichtig betrachten werde, so lange irgend ein Staat von der Nationalvertretung ferngehalten würde. Das wäre der nackte Staatsstreich.

Uagesneuigkeiten.

(Staatsnoten zu 50 fl.) Am 7. d. M. wurden bei den k. k. Gassen bereits Staatsnoten zu 50 fl. ausgegeben. Diese Geldzeichen können sowohl mit Rückicht auf die Zeichnung als Ausführung besonders gelungen genannt werden. Auf der Vorderseite sind die Stärke und das Gesetz figurlich dargestellt. Die Stärke durch einen geharnischten Ritter, welcher auf sein Schwert gestützt, gleichsam zum Kampfe herausfordert, und zu dessen Füßen ein Löwe lauert. Das Gesetz durch eine weibliche Figur in antiker Gewandung, welche in der rechten Hand das aufgeschlagene Gesetzbuch hält; zu den Füßen derselben windet sich ein Drache. Die Rückseite ist besonders hübsch ausgeführt. Zwei Genien in blaßgrünen Tinten dargestellt, den Ueberstuh und das Gesetz repräsentirend, umhüllt die Nummer 50, welche in braunsch-rother Farbe bekränzt erscheint.

(Räuber Umanic.) Die „Agr. Btg.“ meldet: Die königliche Hofkanzlei hat die für die Zustandekommen des Räubers Umanic bestimmte Taglia von 1000 auf 2000 fl. erhöht. Dieselbe wird noch um den von Privatpersonen zugeschossenen Betrag von 700 fl. vermehrt.

(Raubansall.) In Steiermark tauchen Raubansäfle und Diebstähle in letzterer Zeit in gesteigerter Anzahl auf. So wurde am 3. Februar in Kraubath während des vormittägigen Gottesdienstes ein Bauernhaus von drei unbekannten Männern gewaltsam erbrochen. Einer davon, in einen Jägermantel gehüllt, versüßte sich zu der allein anwesenden bettlägerigen Auszügerin und drohte ihr, eine Pistole auf sie angeschlagend, daß er sie tödtschieße, wenn sie schreie, und blieb bei ihrem Lager stehen; die anderen zwei aber erbrachen Kästen und Truhen und raubten an Silber- und Papiergele, so viel zu finden war.

(Deal-Federn.) Am Deal gelangte am 6. d. M. die Buzchrift eines Birminghamer Stahlsedersfabrikanten, welcher zwei Stahlsedern mit der Prägung: „Deal tolla“ (Deal's Feder) und eine 15-Pfundnote beigelegt war. In der Buzchrift ersucht der Fabrikant, daß Deal die Federn versuchen und eine derselben approbieren, zugleich aber ihm, dem Fabrikanten, das Recht zugestehen möge, das wohlgetroffene Porträt des Führers der ungarischen Nation auf die Enveloppe der Feder prägen zu dürfen. Wohl wissend jedoch, daß Deal die Einkünfte, welche aus den von ihm angesetzten Porträts erschien, ausschließlich der Armut zuwende, schließt er zu letzterem Vehuse obige 15-Pfundnote bei.

(Admiral Tegetthoff in New-York.) Der „New-York Herald“ bespricht aus Anlaß der Ankunft des Vice-Admiral Tegetthoff in New-York die Laufbahn desselben mit der höchsten Anerkennung. Er habe sich, sagt das Blatt, den höchsten Ruhm erworben, den irgend ein europäischer Seemann seit den Tagen Nelsons in Anspruch nehmen kann. In seinen Bürgen findet „New-York Herald“ eine große Neigung mit General Grant. Sie tragen den nämlichen Ausdruck fest Willens und manhafter Entschlossenheit, während der Admiral in geselligem Umgange eben so liebenswürdig und bescheiden sei, wie der General-Lieutenant. Vice-Admiral Tegetthoff wird, bevor er nach Europa zurückkehrt, Washington und den Westen besuchen; vor seiner Abreise von New-York aber wird, wie „New-York Herald“ berichtet, wahrscheinlich eine Demonstration stattfinden, um ihm die Bewunderung des amerikanischen Volkes für seinen unerschütterlichen Mut auszudrücken.

(Schwarzer Schnee.) Laut den Bändner Blättern ist zu dem weißen und rothen Schnee nun auch schwarzer gekommen. Derselbe wurde in der Gegend von Tingen, im Canton Graubünden, bemerkt. Wie dieselben Blätter berichten, beruht dieses Phänomen auf dem massenbasten Vorkommen eines winzig kleinen Thierchens, des Schneeflöhs, einer Art des Gletscherfloh's. Auch im Jänner 1856 hat man diese Erscheinung beobachtet, als nach starker Kälte plötzlich Schneeflöhs eintrat.

(Pariser Ausstellung.) Die Arbeiten im Innern der Ausstellungsräume schreiten rüdig vorwärts. Den Ausstellungskommissären wird fortwährend eingeprägt, daß die Ausstellung unter jeder Bedingung am 1. April d. J. eröffnet werden wird. Ununterbrochen wird gegenwärtig an der Ausstellung der Kästen gearbeitet, und in

dieser Beziehung halten Frankreich, England, Belgien und die Schweiz so ziemlich gleichen Fortschritt. Auch Russland spürt sich. Von Russland sind eigene Arbeiter, Tischler, nach Paris mit den bereits vollendeten Kästen entsendet worden, welche sowohl nach dem Holze als nach der Bauart besonderes Interesse erregen.

— (Anerkannt und doch bestritten.) Vor kurzer Zeit kam der Erbe eines alten englischen Baronettitels, der, ein junger Mann, bei Lebzeiten seines Vaters seine Heimat verlassen und seit langen Jahren tot gesagt war, plötzlich aus Australien, wo er alle diese Zeit über in der untersten Classe der Gesellschaft existiert und in diesen Kreisen sich verheiratet hatte, zurück und beanspruchte seinen Rang und sein Vermögen. Von seiner Mutter anerkannt, weilt er mit derselben in Paris, während sich der Inhaber seines Erbes auf einen Rechtsstreit rüsst, in welchem der Anklämmling eine scharfe Probe seiner Identität zu bestehen haben wird.

— (Sechzig Menschen verunglückt.) Die Zahl der auf dem Mississippi so häufigen Schiffsunfälle hat wieder einen beklagenswerthen Zuwachs erhalten. Der Dampfer „Platte Valley“ stieß bei Bidsburg auf ein Wrack und sank in 3 Minuten, wobei 60 Menschen ums Leben kamen.

— (Ein bestohler Finanzminister.) Als der Präsident Johnson am Neujahrstage die Beamten, die Mitglieder beider Häuser des Congresses und das diplomatische Corps im Weißen House zu Washington empfing, ereignete sich der nur in Amerika mögliche Fall, daß dem General Spinner, Schatzmeister der Vereinigten Staaten, das Portemonnaie gestohlen wurde. Es enthielt nur etwa hundert Dollars; wahrscheinlich rechnete der Dieb bei einer so hochgestellten Person auf eine reichere Beute.

— (Postverbindung zwischen St. Petersburg und Peking.) Nach einer Mitteilung der kaiserlich russischen Postverwaltung ist eine Postverbindung zwischen St. Petersburg und Peking, resp. Tien-Tsin in China auf dem Landwege durch Sibirien eingerichtet. Die Absertigung der sibirischen Post nach Käkta erfolgt aus Petersburg zweimal wöchentlich; die Beförderungsfahrt ist auf fünf Wochen festgesetzt. Von Käkta wird viermal monatlich eine Post nach Peking und Tien-Tsin abgesertigt; dieselbe trifft nach ungefähr 13 Tagen in Peking ein.

Locales.

— (Militärisches.) Der Kaiser hat den Friedensstand des Geniestabes mit 4 Generalen, 52 Stabsoffizieren, 74 Hauptleuten und 19 Oberleutnants festgesetzt und angeordnet, daß die Geniedirection zu Budweis bei Überweisung der Geschäfte derselben an die Geniedirection zu Prag, jene zu Salzburg, Semlin und Sebenico aber unter Zuweisung derselben an die Geniedirectionen zu Linz, beziehungsweise Peterwardein und Zara, aufzulassen sind, wogegen zu Laibach eine eigene Geniedirection zu errichten ist.

— (Anton Alexander Graf Auersperg) wurde, wie aus Graz gemeldet wird, von der Handels- und Gewerbelammer in Leoben zum Landtagsabgeordneten in den steierischen Landtag gewählt. — Ferner meldet die Grazer Tagespost vom 8. d.: Die Stadtgemeinde Graz zählt seit gestern eine Persönlichkeit zu ihren Angehörigen, auf die sie wahrhaft stolz sein kann — Herrn Anton Alexander Grafen von Auersperg, welcher über sein Einschreiten in den Verband der Gemeinde Graz aufgenommen wurde.

— (Aufhebung der Kindelanstalt.) Der hohe Landesausschuß hat an den Verein der Aerzte in Krain das Ersuchen gestellt, sein Gutachten bezüglich der Aufhebung der Kindelanstalt abzugeben.

— (Vereinsnachrichten.) Nächsten Freitag v. i. am 15. d. M. findet eine wissenschaftliche Versammlung des Vereins der Aerzte in Krain zu Laibach in dessen Museallocal statt. Programm: a. innere Angelegenheiten — darunter die Wahl eines Comité behufs Abgabe eines Gutachtens über die Modalitäten der Aufhebung der Kindelanstalt; b. wissenschaftliche Vorträge: 1. Kinder-spitaledirector Dr. Kovac: Mittheilungen aus der Kinder-praxis; 2. Bahnarzt Engländer: über das Bahnen der Kinder; 3. Primararzt Dr. Zug: chirurgische Demonstra-tionen.

— (Sühl'sche Militär-Waisenstiftung.) Beim heutigen Stadtmagistrate kommt die vom verstorbenen l. l. Oberstleutnant Josef Sühl errichtete Stiftung mit 50 fl. für das Jahr 1867 zur Verleihung. Anspruch hierauf hat ein vom Militär abstammendes vaterloses, armes Kind, ehelicher oder unehelicher Geburt, und sind die diesjährigen Besuche bis 10. März d. J. zu überreichen.

— (Maskenball.) Der gestern in den Räumen der landshäusl. Redoute abgehaltene Maskenball war von Morgen dem Carnevalsvergnügen hingaben. Freilich waren darunter nur wenige Masken, was beim ersten Versuche nicht anders zu erwarten war, und dürfte schon der nächste ein regeres Bild des Maskenlebens bieten, da, wie wir vernehmen, sich bereits eine größere Gesellschaft verabredet hat, denselben ein masso maskirt zu besuchen. Das Arrangement war schon gestern ein allen Bedürfnissen Rechnung tragendes, und das sehr gut besetzte Orchester unter der tüchtigen Leitung des Herrn Zappe, welcher die neuesten Tanzstücke zur Aufführung brachte, recht brav.

— (Theater.) Boieldieu's „Weiße Frau“ ging vorgestern nach einem Zeitraume von mehr als zwanzig Jahren auf unserer Bühne wieder einmal in Scene und erfreute sich beim Publicum, das sich wohl auch aus Vorliebe für die

Beneficantin Fr. Ueb ungemein zahlreich eingefunden hatte, einer überaus günstigen Aufnahme. Neben dem an diese reizende Oper sich knüpfenden Interesse im allgemeinen war es aber auch die im Ganzen tadellose, anständige Aufführung derselben, die ihr einen so guten Erfolg sichern mußte, zu welchem alle Mitwirkenden nach ihren Kräften beitrugen. Das meiste Verdienst dabei gebührt jedoch unstreitig Herrn Ueder, der den Georg Brown in Gesang und Spiel trefflich gab und insbesondere mit dem Soldatenliede („Ha, welche Lust, Soldat zu sein“) im ersten und der Cavatine im zweiten Acte den meisten Beifall erntete und auch durch mehrmaligen Hervorruß ausgezeichnet wurde. Auch die Beneficantin Fr. Ueb („Jenny“), die bei ihrem Auftritt vom Publicum auf das freundlichste begrüßt wurde, führte ihre reizende Partie recht brav durch, was ebenso von Herrn Melkus („Gaveston“) gilt, der die Arie im zweiten Acte insbesondere mit durchgreifendem Erfolge sang. Desgleichen verdient das „Spinnlied“ des Fr. Püchler („Margaretha“) lobende Erwähnung. Die Leistungen des Herrn Podhorsky („Dilson“) und des Fr. Blum („Anna“) schlossen sich den übrigen ebenbürtig an, nur trat bei letzterer eine theilweise Indisposition hervor, die einem günstigeren Eindruck abträglich war. Die Ensembles waren durchgehends recht bestreitigend und auch der Chor hatte seine Aufgabe ganz wacker gelöst.

— (Veränderungen im Clerus der Laibacher Diözese.) Die Pfarre Aich wurde dem Herrn Leopold Albrecht, Pfarrer in Bründel, verliehen; letztere Pfarre ist auf den 9. d. M. zur Belebung ausgeschrieben. Herr Johann Jan kommt als Cooperator nach Billichgraz.

— (Schlußverhandlungen) beim l. l. Landesgerichte in Laibach. Am 13. Februar. Franz Raigel, Lucas Bajzel, Anton Kuralt und Johann Kalan: Schwere körperliche Beschädigung. — Am 14. Februar. Johann Dolenc und Lucas Deb. vc: Diebstahl; Mathias Jento: Dessenliche Gewaltthätigkeit. — Am 15. Februar. Johann Pauc und Valentín Jento: Schwere körperliche Beschädigung; Johann Klemenz und Franz Klemenz: Diebstahl; Mathias Pauc: Schwere körperliche Beschädigung.

— (Naturschau.) Die Haselstaude (Corylus Avellana) flüsst bereits. Der Hulsttäsch (Tussilago Petasites), das fleischrothe Haidekraut (Erica carnea), der Frühlingszaffran (Crocus vernus) stehen in Blüthe. Den 10. wurden starke Züge der Ringeltaube (Columba Pajumbus) gesehen. Die Feldlerche (Alauda arvensis) ist schon längere Zeit hier.

Neueste Post.

Der Telegraph brachte heute den Wortlaut der Thronrede, mit welcher der König von Preußen den Landtag schloß. Die Rede trägt im Ganzen einen friedlichen Charakter, und der größte Theil derselben ist der Rundschau auf die Session und den Vorberathungen für die Organisation der annexirten Provinzen, sowie deren Vertretung gewidmet. Am Schlusse der Rede erwähnt der König, daß der Verfassungsentwurf des norddeutschen Bundes von allen mit Preußen verbündeten Regierungen angenommen worden sei, welcher Entwurf in der Rede als Grundlage einer wesentlichen Organisation Deutschlands bezeichnet wird. Dies läßt allerdings keine andere Deutung zu, als daß die Schöpfung des norddeutschen Bundes nur ein Übergangsstadium sei. Indessen versäumt es der König nicht, auf die Segnungen hinzuweisen, zu welchen Deutschland berufen sei, sobald es seinen Frieden nach Innen und nach Außen zu wahren versteht. Über die Beziehungen zum Auslande schweigt die Rede gänzlich, und mag sich in dieser Reserve die freie Hand abspiegeln, die sich Preußen, was seine Haltung der großen europäischen Angelegenheiten gegenüber anbelaugt, bisher gewahrt hat.

Dem „Tagesboten“ geht die authentische Mittheilung zu, daß noch im Laufe dieses Monates eine Verordnung des l. l. Handelsministeriums erscheinen wird, welche das Porto für Fahrpostsendungen bei kleineren Entfernungen auf zwei Dritteln, bei größeren auf weniger als die Hälfte des bisherigen Tarif-satzes herabsetzt. Auch sollen Erleichterungen in Bezug auf die Benützung der Postanstalt zur Einhebung von Nachnahmen, zur Auszahlung von Geldern u. s. w. bevorstehen.

Telegramme.

Berlin, 9. Februar. Der König ertheilte Nachmittags im Beisein des Grafen Bismarck und Herrn v. Savigny's den Bevollmächtigten der norddeutschen Bundesstaaten die Abschiedsan-dienz. — Dem Landtagschlusse wohnten die Königin und die Kronprinzessin mit ihrem ältesten Sohne, sämmtliche Prinzen, der Graf von Flandern, Prinz Wilhelm von Baden, die Botschafter von Frankreich und England, dann die Gesandten von Russland und Dänemark bei. — Im Saale waren etwa 300 Landtagsmitglieder anwesend. Beim Eintritte des Königs brachte der Präsident des Herrenhauses Graf Stolberg, beim Abgange desselben der Präsident des Abgeordnetenhauses v. Forstenbeck Hochs aus.

Berlin, 9. Februar. Der „Staatsanzeiger“ zeigt die allseitige Genehmigung des norddeutschen Verfassungsentwurfes an und fügt hinzu: Die einzelnen Regierungen übertrugen bereitwillig ihren Theil von Sonderrech-

ten an das deutsche Gemeinwesen, welches die Sicherheit und die nationale Entwicklung verbürgt. Preußen beansprucht für die Leitung des Bundes nur die unentbehrlichsten Rechte. Der Artikel hebt besonders die verhüllte Haltung Sachsen bei den Verhandlungen hervor.

Dresden, 9. Februar. Die zweite Kammer beschloß, die Staatsregierung zu ermächtigen, das Salzmonopol zu der von Seite Preußens festgestellten Frist aufzuheben und das Salzwesen vorläufig im Verordnungswege vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung des Landtages dem preußischen Vorgange conform zu ordnen.

München, 9. Februar (9 Uhr 20 Minuten Abends). Soeben ist Ihre Majestät die Kaiserin von Österreich, vom Könige, der Königin-Mutter, den Prinzen und Prinzessinnen des königlichen und herzoglichen Hauses zur Bahn geleitet, nach Wien abgereist.

Helsingfors, 8. Februar. Die Adresse an den Kaiser wurde von dem Landtage angenommen. Die Adresse hebt den Erlass einer Loyalitätsadresse hervor. Der finnländische Landtag beschloß, den Kaiser anlässlich seiner Lebensrettung zu beglückwünschen.

Triest, 8. Februar. Die heute eingetroffene ostindisch-chinesische Ueberlandpost meldet: Wohmiedanische Rebellen nahmen vier Städte in der Provinz Kiangtien ein. Die preußische Corvette „Vimeta“ ist in Shanghai angekommen; andere preußische Schiffe werden erwartet, da Preußen gemeinschaftlich mit anderen Seemächten gegen die Piraten vorgehen will. Die Nienfei-Rebellen nähern sich Hankow. — Aus Bombay vom 19. Jänner wird gemeldet: Die Handelsvertrags-Unterhandlungen mit Birma blieben resultlos, da der König seine Monopole nicht aufgeben will.

Telegraphische Wechselseite

vom 9. Februar.

5perc. Metalliques 62.10. — 5perc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 64.40. — 5perc. National-Anlehen 71.30. — Banknoten 747. — Creditactien 186.30. — 1860er Staatsanlehen 89. — Silber 127. — London 128.75. — A. f. Ducaten 6.07.

Geschäfts-Zeitung.

Arbeiter Industrie-Ausstellung.) Die Arbeiter Industrie-Ausstellung wird in den Monaten August und September in Wien abgehalten werden. Das betreffende Comité hat von der Direction der Gartenbaugesellschaft bereits die Zusicherung der Localitäten für die zur Inszenirung dieser Ausstellung bestimmte Zeit erhalten und sich mit einzelnen Abgeordneten aus den Arbeiterkreisen verstärkt. Von einzelnen Arbeitern wurden übrigens schon Ausstellungsgegenstände angemeldet, die für die Arbeiter Industrie-Ausstellung im Jahre 1855 nicht mehr eingeliefert werden konnten, und auch solche, die während des Zeitraums zwischen der ersten und der heutigen Ausstellung eigens für diese Ausstellung angefertigt worden sind. Die Ursachen, weshalb im vorigen Jahre keine Arbeiter Industrie-Ausstellung stattfinden konnte, liegen ohnehin jedem klar vor Augen.

Laibach, 9. Februar. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 1 Wagen mit Hen (24 Ctr. 20 Pfnd.), 60 Wagen und 3 Schiffe (17 Klafter) mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

| | Mitt. | Mitt. | Mitt. | Mitt. |
|-------------------|---------|---------|--------------------------|---------|
| | fl. tr. | fl. tr. | fl. tr. | fl. tr. |
| Weizen pr. Mezen | 6 80 | 7 82 | Butter pr. Pfund | — 42 — |
| Korn | 4 40 | 4 80 | Eier pr. Stück | — 2 — |
| Gerste | 3 60 | 3 62 | Milch pr. Maß | — 10 — |
| Hafer | 1 90 | 2 — | Rindfleisch pr. Pfnd. | — 18 — |
| Halbfrucht | — | 5 57 | Kalbfleisch | — 22 — |
| Heideu | 3 40 | 3 45 | Schweinefleisch | — 18 — |
| Hirse | 2 80 | 3 27 | Schöpfensfleisch | — 13 — |
| Kuhruh | — | 4 — | Hähnchen pr. Stück | — 35 — |
| Erdäpfel | 2 30 | — | Tauben | — 15 — |
| Linsen | 5 80 | — | Heu pr. Bentner | 1 20 — |
| Erbsen | 6 — | — | Stroh | — 80 — |
| Kisolen | 6 — | — | Holz, hart., pr. Klafter | — 7 50 |
| Kindschmalz Pfnd. | — 45 — | — | weiches, „ | — 5 50 |
| Schweineschmalz | — 40 — | — | Wein, rother, pr. | |
| Speck, frisch, | — 32 — | — | Eimer | — 14 — |
| — geräuchert | — 40 — | — | weißer „ | — 15 — |

Angekommene Fremde.

Am 8. Februar.

Stadt Wien. Die Herren: Heiß, Buchhalter, und Baron Aichelburg, l. l. Lieutenant, von Wien. — Königsberger, Kaufm., von Fürth. — Stamitz, Handelsm., von Gottschee. — Frau Unterhuber, Gutsbesitzerin, von Triest.

Mohren. Herr Schibil, Ochsenhändler, von Sagarje,

Theater.

Heute Montag den 11. Februar:

Das bemooste Haupt.

Charaktergemälde in 4 Acten von Benedix.

Morgen Dienstag den 12. Februar:

Orpheus in der Unterwelt.

Operette in 4 Acten von Offenbach.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

| Gebar | Zeit | Wetter | Barometerstand | Lufttemperatur | Luftfeuchtigkeit | Wolkenstand | Windrichtung |
|-----------|--------|--------|----------------|----------------|------------------|-------------|--------------|
| 6 U. M. | 325.74 | + | 3.3 | SW. mäßig | heiter | | |
| 9. 2. N. | 325.71 | + | 7.1 | SW. mäßig | ganz bew. | 0.00 | |
| 10. „ Ab. | 327.35 | + | 4.8 | SW. mäßig | ganz bew. | | |
| 6 U. M. | 328.68 | — | 1.4 | W. f. schwach | bewölkt | | |
| 10. 2. N. | 329.48 | + | 9.0 | NW. f. schw. | f. ganz bew. | 0.00 | |
| 10. „ Ab. | 330.18 | — | 2.5 | NW. f. schw. | heiter | | |

Den 9. Morgens heiter, später bewölkt, tagüber geschlossen. Wolkendecke, windig. — Den 10. Vormittag Aufheiterung. Mittags Schäfchenwolken, die Bewölkung zunehmend. Nachmittag Aufheiterung. Milder frühlingsmäßiger Tag. Abendrot.

Berantwortlicher Redakteur: Ignaz v. Kleinmayer.